

Der wirtschaftliche Anschluß an Deutschland.

Von M. Saarbt. *)

Die Errichtung eines mitteleuropäischen Staatenbundes, dessen Kern die beiden zentral-europäischen Kaiserstaaten im Anschluß an unsere Verbündeten, die Türkei und Bulgarien, bilden und der seine Interessensphäre von Antwerpen bis zum Persischen Golf ausdehnen würde, ist als eine historische Notwendigkeit ersten Ranges anzuerkennen.

Dem Auslande gegenüber durch politische, militärische und handelspolitische Grundverträge auf lange Zeit hinaus geeint, unter sich die volle Souveränität der einzelnen Staaten bewahrend, erreicht diese Union das Endziel des wirtschaftlichen Imperialismus: eine in sich geschlossene, vom Auslande unabhängige Wirtschaft, mit einem Worte, die „Selbstversorgung“, die „Autarkie“. Auf diese Weise würde dann die Welt vier große, in sich abgeschlossene Gebiete aufzuweisen haben, die diesem Grundsatze entsprechen: Das britische Imperium, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, das russische Reich und der mitteleuropäische Staatenbund, während sich als fünftes bereits jetzt schon die großen Umrisse eines Imperiums der gelben Rasse unter japanischer Hegemonie am fernen Horizont zeigen.

Das Thema des mitteleuropäischen Staatenbundes beschäftigt seit langem die Geister der beiden Zentralstaaten. Unzweifelhaft ist es eines der schwierigsten von den vielen schwierigen Problemen der Gegenwart, hängt doch das Heil unserer gesamten Volkswirtschaft aufs innigste zusammen mit einer glücklichen Lösung dieser Weltfrage. Für unsere Landwirte tritt vor allem das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland in den Vordergrund des Interesses, obwohl auch die politische Ausgestaltung des neuen Bundes uns keineswegs indifferent lassen soll und darf.

Als Grundstein eines auch handelspolitischen Zusammenschlusses der verbündeten Staaten soll nun zuerst die Verständigung mit dem Deutschen Reich erfolgen, und zwar nach vorherrschender Meinung im Sinne Friedrich List's und Bruns, als Zollunion der beiden zentral-europäischen Staaten. Eine solche könnte nur, angesichts der überwältigenden Industriemacht des Deutschen Reiches, mit Zwischenzolllinien gedacht werden mit langfristigen, stufenweisem Abbau der Zölle, um dann allmählich die vollständige Zollfreiheit herbeizuführen. Ein solches politisches, militärisches und handelspolitisches Bündnis müßte naturgemäß auf lange Zeit hinaus abgeschlossen werden, etwa auf 50 Jahre. Würde dasselbe im letzten Jahre nicht gekündigt, dann gilt es abermals für 50 Jahre. Der stufenförmige Abbau der Zölle, haben wie drüben, würde etwa in 5 Etappen von je 6 Jahren in Aussicht genommen werden können, während welcher Zeit es Aufgabe unserer Industrie und Landwirtschaft wäre, sich darauf zu kräftigen und zu organisieren, daß sie in den jeweiligen Zöllen ihren Schutz fänden. Über gleichzeitig müßten die staatlichen Lasten, wie: Steuern, öffentliche Abgaben, Transportkosten, Sozialversicherungsbeiträge und sonstige die Industrie belastenden Abgaben stufenweise denjenigen im Deutschen Reich nähergebracht und bei gänzlichem Wegfall der Zölle in die Produktionsbedingungen der deutschen Industrie hinübergeleitet werden.

Wo die Umstände es gestatten, tritt gleich zu Beginn Zollfreiheit ein.

Zölle auf Rohstoffe müßten bereits nach Ablauf der ersten Periode, Zölle auf Halbfabrikate erst nach Ablauf der zweiten Periode von sechs Jahren gänzlich in Wegfall kommen.

Siehe! ist nun allerdings nicht zu übersehen, daß dann trotzdem in Deutschland gewisse Vorteile uns gegenüber im bleibenden Bestand sein würden. So z. B. die durch die zahlreichen Wasserstraßen bis ins Herz Deutschlands ermöglichten billigen Transportkosten für Rohprodukte aller Art, als Baumwolle, Getreide, Eisenerze, Kohle, Kupfer usw.

Die Ursachen zu erörtern, die im Nationalcharakter und in den besonderen Verhältnissen bei uns und in Ungarn liegen und uns teilweise auch in einem gewissen Nachteil unserer Freunden im Reich gegenüber setzen, würde uns zu ersonnen sozialen Betrachtungen führen; es ist besser, sie bleiben heute unbesprochen, zumal sie allgemein bekannt sein dürften. Die zielbewußten Bestrebungen der Sozialdemokratie, das geistige Niveau ihrer Arbeiter in den Volkshilfswesen zu heben, muß aber hier rühmend erwähnt werden.

Nicht unberührt kann jedoch hier die Auswandererfrage gelassen werden, die in erster Linie allerdings die Landwirtschaft, dann aber auch die Industrie aufs intensivste angeht, und die insofern wieder ein Lebenszeichen von sich gibt, als man kürzlich erfuhr, daß in Wien und Budapest mit den Generaldirektoren der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd Verhandlungen gepflogen wurden, in denen u. a. „auch die Aussichten der überseeischen Auswanderung nach dem Frieden“ eingehend zur Sprache kamen. Wichtigere wäre es allerdings, für das Volkswohl durch eine zielbewußte Agrarpolitik und durch agrarrechtliche Reformen zu sorgen, ohne deren Durchführung die intensivste Landwirtschaftspflege immer ein Torso bleiben wird; wichtiger wäre es, bei uns und insbesondere in Ungarn die Ursachen auszuwickeln, die vor dem Kriege im Jahre durchschnittlich an 200.000 Menschen dazu zwangen, den heimatlichen Boden mangels lohnender Arbeit zu verlassen. Diesbezüglich ist die Meinung des Chefredakteurs des „Budapesti Naplo“ Dr. Eduard Bahji beachtenswert, der in seiner Broschüre: „Deutschland und Ungarn“ über dieses Thema sich wie folgt ausspricht: „Ungarn hat aber noch einen, für das Land wenig erfreulichen Exportartikel:

den Menschen. 1.462.214 Menschen wanderten nach der offiziellen Statistik in den Jahren 1902 bis 1911 aus, zumeist kräftige, arbeitsfähige Leute (68 Prozent der Auswanderer sind Männer), von denen nur ein kleiner Bruchteil in die Heimat zurückgekehrt ist. Ich bin fest überzeugt, daß diese Massenwanderung nach der Errichtung einer Zollunion mit Deutschland aufhören würde, denn Deutschland würde auch auf diesem Gebiete in der Mehrzahl der Verbündeten die eigene Macht zu steigern streben, wenn nämlich unsere Verbindung mit dem Deutschen Reich sich so enge gestaltet, daß unser Interesse auch sein Interesse sein wird.“ — Bekanntlich war die Auswanderung aus Deutschland in den letzten Jahren vor dem Kriege gleich Null.

Für die Stellungnahme Ungarns zu der uns beschäftigenden Frage dürfte allerdings die Stimme der ungarischen Landwirtschaft ausschlaggebend sein. Nun lasen wir freilich vor kurzem in den Zeitungen, daß bei der am 31. Jänner in Budapest stattgehabten Konferenz der landwirtschaftlichen Vereine Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns die Versammlung darin einig war, daß „der Gedanke einer Zollunion zwischen dem Deutschen Reich und der Monarchie als praktisch nicht durchführbar zu betrachten sei“. Es ist allerdings anzunehmen, daß die Konferenz der landwirtschaftlichen Vereine eine „Zollunion“ im engsten Sinne des Wortes meinte, einem langfristigen Ginstreben zu einer solchen aber sich nicht verschließen würde; es ist doch sicherlich die ungarische Landwirtschaft, die bei steigender Produktivität durch einen wirtschaftlichen Anschluß an das auf den Import von Vieh und Bodenprodukten angewiesene Deutsche Reich materiell und volkreicherlich bedeutend größere Vorteile zu erwarten hätte, als die Industrie Oesterreichs. Zweifellos wird Ungarn, bevor es zur Frage einer Zollunion Stellung nimmt, wissen müssen, welche Agrarpolitik Deutschland in Zukunft der Monarchie gegenüber befolgen wird, da dies auch für die ungarische Industrie von größter Wichtigkeit erscheint.

Angesichts der Produktivität der österreichisch-ungarischen Landwirtschaft bis zum Kriege aber war dieselbe seit einer Reihe von Jahren nicht mehr imstande, den eigenen Bedarf an Brotfrüchten zu decken und es betrug z. B. in der Gruppe „Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl“ die Mehreinfuhr im Jahre 1911 605.000 Tonnen, im Jahre 1912 bereits 692.000 Tonnen. Die Monarchie kaufte also im Jahre 1912 für zirka 100 Millionen Kronen Nahrungsmittel vom Auslande hinzu. Es müßte daher zu ihrer Selbstversorgung der bisherige Durchschnittsertrag des Hektars Ackerland — welcher bei Weizen in Oesterreich 15, in Ungarn nur 13 Meterzentner, in Deutschland aber 24 Meterzentner betrug — um ein Erhebliches gesteigert werden, um dann erst daran denken zu können, auch Deutschland mit Getreide zu versorgen.

Es ist also heute noch gar nicht abzusehen, bis wann Ungarn in die Lage kommen wird, sein Getreide über die Grenzen der Monarchie schicken zu können, um so mehr, da ja Oesterreich vor allem als Abnehmer in Betracht kommt — bezog es doch bereits im Jahre 1912 für 298 Millionen Kronen Getreide und für 259 Millionen Kronen Mehl von Ungarn — und sich dieser Bezug nach dem Kriege bei zunehmender Intensität seiner Industrie noch wesentlich steigern dürfte.

Deutschland ist allerdings ein großes Importgebiet für Nahrungsmittel aller Art, betrug ja doch im Jahre 1913 die Einfuhr an Weizen allein 417 Millionen Mark, die Gesamteinfuhr an Nahrungs- und Genussmitteln im Jahre 1912 aber 2800 Millionen Mark, daher auch die deutsche Handelspolitik in Zukunft wieder auf den wirtschaftlichen wie industriellen Verkehr mit unseren derzeitigen Feinden angewiesen erscheint, wie dies ja auch erst kürzlich der preussische Handelsminister Dr. Sydow im Abgeordnetenhaus mit den Worten: „Deutschland wird also auch in Zukunft für Industrie und Handel den Weltmarkt nicht entbehren können“ zum Ausdruck brachte. Es ist ja auch nicht einzusehen, daß sich nach dem Kriege die wirtschaftliche Abschließung der sich gegenwärtig bekriegenden Mächte auf längere Dauer fortsetzen sollte, da sich die bis zum Kriege bestandenen enormen Umsätze dieser Staaten insbesondere mit Deutschland — bezog doch im Jahre 1913 Deutschland aus dem ganzen britischen Reich für 2090 Millionen Mark Waren, aus Rußland für 1420 Millionen Mark — keineswegs in absehbaren Zeiten auf andere Staaten übertragen lassen und der internationale Handel trotz der kürzlich erfolgten Resolution der Handelskammer in Manchester ein Ding sine ira et studio ist. Berücksichtigt man ferner, daß der österreichisch-ungarische Außenverkehr mit Deutschland in der Einfuhr nach Deutschland nur 7,7 Prozent, in der Ausfuhr aus Deutschland nur 10,9 Prozent des deutschen Gesamthandels (1912 über 21 Milliarden Mark!) betrug, so ist es ohne weiteres klar, daß für Deutschland nach Beendigung des Krieges große Interessen bei den Vertragsabschlüssen mit unseren Gegnern auf dem Spiele stehen und Deutschland sich nicht beispielsweise durch exklusive Zugeständnisse in den Getreidezöllen an Ungarn, dessen Lieferfähigkeit ja derzeit noch vollkommen im Dunkeln ruht, seinen bisherigen großen Abnehmern gegenüber die Hände binden lassen.

Speziell was Getreide betrifft, wäre allerdings der Gedanke des „Staatsmonopols für ausländischen Getreidehandel“ ein Mittel, um über alle Zollschwierigkeiten hinwegzukommen und — unter gleichzeitiger Einräumung der Landwirtschaft und der Konsumenten — eine erschlaffte Einnahmequelle des Staates. Auch wäre ein solches Monopol die vorzüglichste Bedingung einer weitreichenden Vorratspolitik, um künftige Auswanderungsversuche illusorisch zu machen.

Erst nach Klarlegung unseres handelspolitischen Verhältnisses zum Deutschen Reich — der natürlich als conditio sine qua non eine grundlegende Verständigung mit Ungarn voranzugehen hätte — könnte dann über den handelspolitischen Anschluß an die übrigen zum Bunde gehörenden Staaten in festem Einvernehmen mit Deutschland verhandelt werden, denn erst dann werden die Verhältnisse für unsere Industrie sich ersprießlich gestalten, wenn wir den festen, auch handelspolitischen, Anschluß an unser durch die Natur vorgezeichnetes und als solches von Deutschland anerkanntes Absatzgebiet in den Balkanstaaten und der Türkei gefunden haben werden.

Die sodann auch wirtschaftlich verbundene Staatenunion hätte fremden Staaten gegenüber eine einvernehmlich festzulegende Handelspolitik bei Abschluß von Zollverträgen mit und ohne Meistbegünstigung zu verfolgen.

Am grünen Tische lassen sich nun alle solche Vorschläge nach vielen Wenn und Aber schließlich erörtern und mit dem guten Willen aller Teile auch vielleicht in ein System bringen. Ob sich daselbe jedoch in der Zukunft unseren Intentionen gemäß restlos bewahren wird, ist unseren sterblichen Augen verborgen. Aber schon allein der Umstand, daß, so lange sich Oesterreich-Ungarn und Deutschland im Hinblick auf Wehrmacht, Zivilverwaltung, Sozialversicherung, Unterrichtswesen usw. auf parallelen Bahnen bewegen, sich die Besteuerung bei uns immer im Verhältnis der beiden Nationalvermögen relativ höher stellen wird, zwingt uns zum Nachdenken. Und was dann, wenn zu irgend einem Zeitpunkte die Lebensinteressen unserer Monarchie es nicht mehr zulassen sollten, Steuern und sonstige öffentliche Abgaben auf die für die Zollermäßigungen vorausgesetzte Gleichstellung mit den im Deutschen Reich geltenden Sätzen herabzubringen, sondern solche im Gegenteil noch zu steigern?

Wir binden durch unsere Verträge — die ja ihrer Bedeutung gemäß nur auf lange Zeiten hinaus geschlossen werden können — auch die Handlungsfreiheit kommender Geschlechter und müssen daher die schwere Verantwortung hierfür tragen.

„Leicht beieinander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“

*) Den vorstehenden Ausführungen Herr Moritz Saarbt's, Verwaltungsrates der Emailierwerke und Metallwarenfabrik A. Saarbt & Co., geben wir gerne Raum, ohne uns mit ihnen in jedem Punkte zu identifizieren.